

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾ Li Peng auf seiner ersten Westeuropatour

Nachdem die chinesische Diplomatie im Gefolge des Tiananmen-Massakers eine Zeitlang fast ausschließlich auf Staaten der Dritten Welt zurückgeworfen worden war, schickt sie sich inzwischen an, auch in Westeuropa wieder Boden zu gewinnen. Zu diesem Zweck begab sich Li Peng 1992 gleich zweimal nach Europa, und zwar im Januar und im März. Über die Märzreise, die ihn u.a. nach Deutschland führte, ist in einem späteren Heft von C.a. zu berichten.

Vom 27. Januar bis 6. Februar hatte der Ministerpräsident Italien, die Schweiz, Portugal und Spanien besucht und u.a. auch an der Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos teilgenommen.

Der Besuch Li Pengs war die erste Visite eines chinesischen Regierungschefs in Westeuropa seit den Ereignissen vom Frühsommer 1989.

Li nutzte seinen Besuch, um die Regierungen und die Wirtschaftskreise in den von ihm besuchten Ländern über die neue Lage in China zu informieren, vor allem über die chinesischen Bemühungen um Reform und um Öffnung zur Außenwelt.

Immer wieder hob er hervor, daß China und Westeuropa stabile und ausgleichende Faktoren in der Weltpolitik seien. China sei das größte Entwicklungsland der Welt, während die westeuropäischen Länder zu den wirtschaftlich hochentwickelten Staaten gehörten. Für beide Seiten gebe es deshalb interessante Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Li Peng unterzeichnete während seines Besuchs auch eine Reihe von wirtschaftlich-technischen Vereinbarungen, so in Spanien ein Abkommen über den Investitionsschutz, in Italien ein Abkommen über die gemeinsame Durchführung eines Bauvorhabens im Bereich der Chemieindustrie in China (XNA, 28.1.92) und ein Abkommen über die Ausstellung chinesischer Altertümer in Rom.

Der Besuch Li Pengs ist im Rahmen einer verstärkten außenpolitischen Werbeaktion Chinas zu sehen: Nach dem Singapur- und Malaysiabesuch des Staatspräsidenten Yang Shangkun und dem Afrikabesuch Außenminister Qian Qichens kam nun der Ministerpräsident nach Europa.

Erste Station war Italien. Nachdem gerade im September 1991 kein Geringerer als Ministerpräsident Andreotti der VR China als erster europäischer Regierungschef einen offiziellen Besuch abgestattet hatte (dazu XNA, 27.9.91), war diese Reihenfolge sozusagen selbstverständlich.

Andreotti hatte seinerzeit mit der gesamten Führungsspitze der VR China Gespräche geführt. Um kaum einen anderen Staatsmann hatte sich die chinesische Führung mehr bemüht.

Einen Monat vorher war der japanische Regierungschef Toshiaki Kaifu als erster Regierungschef aus der Boykottfront von 1989 nach China gekommen. Kaifus und Andreottis Besuche wurden von der chinesischen Führung als erste Anzeichen eines neuen Aufbruchs begrüßt.

Nun also kam Li Peng nach Italien. Bei seiner Ankunft protestierten in Rom und vor dem Konsulat in Mailand mehrere hundert Demonstranten. Außerdem wurde die italienische Regierung von einer Reihe von Oppositionsgruppen beschuldigt, als erstes EG-

Land einen der Hauptverantwortlichen für das Tiananmen-Massaker eingeladen zu haben.

Obwohl die Politiker der italienischen Regierung Li Peng wieder "salonfähig" machten, kam er nicht überall gleich gut an. So schnitt beispielsweise Roms Bürgermeister demonstrativ den chinesischen Regierungschef.

Ein italienischer Regierungssprecher wies darauf hin, daß Italien nach wie vor die Ereignisse von 1989 verurteile. Doch müsse man auch wieder an Zusammenarbeit denken.

Die chinesische Presse nahm Vorfälle dieser Art jedoch nicht zur Kenntnis, sondern bezeichnete den Besuch Lis als einen "weiteren großen Sprung vorwärts" (XNA, 25.1.92). Ausführlich beschrieben wurden vor allem die Beiträge des Besuchs zum Aufbau des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft (XNA, 29.1.92). Zitiert wurden ausschließlich positive Aussagen italienischer Politiker zum Besuch (z.B. XNA, 28.1.92). Li traf auch mit führenden Vertretern der italienischen Wirtschaft zusammen (XNA, 29.1.91) und rief zu weiteren Investitionen in China auf.

Das jährliche bilaterale Handelsabkommen ist von 120 Mio. US\$ i.J. 1970 auf 2 Mrd. US\$ i.J. 1991 gestiegen.

Lobend wies Li Peng auch darauf hin, daß während des Besuchs Andreottis in China ein dreijähriger Kooperationsplan unterzeichnet wurde, wonach die italienische Regierung zwischen 1991 und 1993 der VR China weiche Kredite und Spenden in Höhe von 500 Mio. US\$ gewährt.

Li würdigte Italien als eins der G-7-Mitglieder und wies auch anerkennend darauf hin, daß die Regierung in Rom das auch von China vertretene Konzept der "Multipolarisierung der Welt" unterstütze, für die Errichtung einer vernünftigen und gerechten Neuen Weltordnung eintrete und die Lösung des Nord-Süd-Konflikts sowie den Integrationsprozeß der EG energisch vorantreibe.

Nach zwei Tagen Italienbesuch traf Li am 28. Januar in Zürich ein. Es war dort der erste Besuch eines chinesischen Ministerpräsidenten seit 1954, als Zhou Enlai an der Genfer Indochi-

na- und Korea-Konferenz teilnahm (so XNA, 29.1.92). Zwischen der Schweiz und China bestehen seit 1957 diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene. 1990 belief sich das bilaterale Handelsvolumen zwischen beiden Seiten auf 571 Mio.US\$. Die Schweiz hat ferner in 25 Projekten auf chinesischem Boden investiert. Die NZZ hatte im Hinblick auf den Li Peng-Besuch bereits am 18.November 1991 von einer schwierigen Annäherung an ein "janusköpfiges China" gesprochen: Auf der einen Seite zeige sich China dem Westen gegenüber durchaus kooperativ, auf der anderen Seite aber mache es auch immer wieder die "feindlichen Kräfte im Westen" für zahlreiche Fehlentwicklungen in China verantwortlich. Dieses Doppelgesicht sei "wenig vertrauensfördernd". "In vieler Hinsicht bleibt unklar, wo Beijing eigentlich steht. Kann beispielsweise seine längst versprochene Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags eine Garantie dafür sein, daß Chinas Export von ziviler Nukleartechnologie nicht doch die Produktion von waffenfähigem angereichertem Uran zuläßt? Gerade im Waffengeschäft hat das Reich der Mitte mehrmals bewiesen, wie skrupellos es seine materiellen Eigeninteressen in den Vordergrund stellt, wobei es zu seiner Entschuldigung - leider mit einem gewissen Recht - immer wieder auf ein ähnlich eigennütziges Verhalten westlicher Firmen hinweist. Ob sich mit einem Regime, das mal artig, mal aggressiv auftritt, bald zugänglich, bald verschlossen ist, eine erfolgreiche Kooperation aufbauen läßt, ob es beispielsweise dafür zu gewinnen ist, wie das die Amerikaner hoffen, Nordkorea von der Entwicklung eigener Atomwaffen abzuhalten, ist sehr fraglich. Ein wirklicher Partner im sich neu ordnenden pazifischen Raum kann China wohl erst sein, wenn es seinen Januskopf abgelegt hat."

Die offizielle Schweiz andererseits betonte - durch den Mund des Bundespräsidenten René Felber - ihr Interesse an "engeren Beziehungen mit China" (XNA, 31.1.92).

Hauptanlaß für den Schweizbesuch aber war letztlich wohl das Interesse der VR China, sich bei der Jahresversammlung des Weltwirtschaftsforums in Davos ins rechte Licht zu setzen. Li Peng wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß China mit nur 7% des Ackerbodens der Erde 22% der Weltbe-

völkerung ernähren könne. Ein "stabiles und prosperierendes China" sei darüber hinaus aber auch für die ganze übrige Welt von Nutzen (XNA, 31.1.92). China wolle jedem Investor bestmögliche Bedingungen einräumen. Der chinesische Markt stehe jedermann offen. In diesem Zusammenhang versäumte er auch nicht, kräftige Werbung für den chinesischen Reform- und Öffnungsprozeß zu betreiben. (Die Rede ist abgedruckt in XNA, 31.1.92)

Portugal war die dritte Station auf Lis Europareise.

Die Beziehungen zwischen beiden Seiten reichen zurück bis zur Ming-Dynastie und hatten wegen des portugiesischen Kolonialbesitzes in Macau stets einen Beigeschmack von Anrühigkeit. Wegen Macau kam es seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten auch zu besonders häufigen Kontakten zwischen Portugal und Beijing.

Li Peng wies in Lissabon u.a. darauf hin, daß die Initiative zur Wiederherstellung der EG-Beziehungen mit China von Portugal ausgegangen sei.

Die Macau-Frage habe sich seit der Unterzeichnung des entsprechenden Kommuniqués i.J. 1988 günstig entwickelt.

Schon im Vorfeld des Li-Besuchs hatte es Proteste in Lissabon gegeben. Beispielsweise war die geplante Parlamentssitzung mit Li Peng als Ehrengast abgesagt worden, ebenso ein Empfang beim sozialistischen Bürgermeister der Hauptstadt Lissabon. Außer den Parteien der Opposition protestierte auch die Jugendorganisation der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PSD) gegen die Menschenrechtsverletzungen und Unfreiheiten in China. Die Jugendorganisation der Sozialistischen Partei (PS) hatte einen aufblasbaren Panzer gekauft und versuchte damit Li Peng durch die Straßen Lissabons zu "verfolgen".

Von all diesen Mißklängen läßt sich in der chinesischen Presse ebenfalls nichts nachlesen. Auch hier war wiederum nur von freundschaftlichen und konstruktiven Gesprächen die Rede (XNA, 3., 4. und 5.2.92).

Letzte Station der Li-Reise war Spanien, das als erstes unter allen EGLändern seinen Außenminister nach China entsandte und damit die Boykottfront der EG durchbrochen hatte.

Auch in Madrid und in Barcelona kam es zu Kundgebungen gegen den Besuch Li Pengs. In Barcelona schrien einige Demonstranten: "Li Peng, Mörder" und warfen Steine und Eier auf Begleitfahrzeuge Li Pengs. Auch darüber wurde in der chinesischen Presse nicht berichtet.

Das bilaterale Handelsvolumen zwischen beiden Seiten lag 1991 bei 600 Mio.US\$. Auch hat Spanien im Bereich der Chemie-, der Textil-, Nahrungsmittel- und Verarbeitungsindustrie sowie im Kommunikationswesen Kapital in China investiert.

Sowohl in Portugal als auch in Spanien forderte Li Peng den Westen dazu auf, sich wegen ideologischer Differenzen nicht von der Normalisierung der Beziehungen zu Beijing abhalten zu lassen. Unterschiede in den sozialen und politischen Systemen sollten nicht als Hindernis betrachtet werden. Was die Menschenrechte anbelangt, so seien sie eine innere Angelegenheit Chinas, in die sich kein anderes Land einmischen dürfe. Der portugiesische Regierungschef hatte Li demgegenüber zu verstehen gegeben, daß engere Beziehungen Chinas zur EG von der Achtung der Menschenrechte in der Volksrepublik abhingen.

Am 7.Februar kehrte Li Peng nach Beijing zurück. Seine Europareise wurde als ein einziger großer Erfolg verbucht. Man habe "Friede, Freundschaft und Zusammenarbeit" gesucht und sei überall auf Zustimmung getroffen. Die Zusammenarbeit mit den besuchten Ländern biete breite wirtschaftliche Perspektiven (XNA, 9.2.92). Im "chinesisch-westeuropäischen Buch" sei ein neues Kapitel aufgeschlagen worden (RMRB, 9.2.92).

Diese Reaktion zeigt, daß Erfolge in der Außenpolitik von der Regierung als wichtiger Bestandteil einer allgemeinen Legitimation verstanden werden. U.a. wurde die Reise auch als ein persönlicher Triumph des Ministerpräsidenten interpretiert, der ja in weiten Kreisen der eigenen Bevölkerung nicht gerade populär ist und einen "Nachholbedarf" an Legitimation hat. -we-

*** (2)
Schließung der Botschaft Chinas in
Lettland**

Beijing hat beschlossen, seine erst im September 1991 in Riga eröffnete Botschaft wieder zu schließen, weil Lettland inzwischen konsularische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hat. Dieser Schritt der lettischen Regierung verletze die chinesisch-lettische Vereinbarung, die u.a. auch eine Taiwan-Klausel enthält.

Taiwan hatte beim Zerfall der Sowjetunion sofort "Morgenluft gewittert" und sich an die selbständig gewordenen Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit der Bitte gewandt, diplomatische Beziehungen doch nicht mit Beijing, sondern mit Taipei aufzunehmen. Möglicherweise war die von Taiwan angeblich betriebene "Scheckbuchdiplomatie" auch einer der Hauptgründe dafür, daß Beijing sich wenig Bedenkenzeit ließ und bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Eiltempo voranschritt - möglicherweise zu schnell, wie das Verhalten Lettlands nahelegt. -we-

*** (3)
Aufnahme diplomatischer Beziehungen
zwischen China und Israel**

Am 24. Januar 1992 unterzeichneten die beiden lange Zeit verfeindeten, in den letzten Jahren aber insgeheim eng zusammenarbeitenden Staaten China und Israel ein Kommuniqué zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Bedenken der Palästinenser und anderer nahöstlicher "Frontstaaten" wurden dabei von China in den Wind geschlagen (ausführlich dazu das Thema im vorliegenden Heft). -we-

*** (4)
Afrika: Besuchsdiplomatie, Selbsthilfeaufrufe und eine gewisse Ratlosigkeit der Chinesen**

Mehrere hochrangige chinesische Delegationen besuchten seit Mitte 1991 den schwarzen Kontinent: Im Juli kam eine KPCh-Delegation unter Leitung Li Ruihuans, eines Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros, zu einem "Freundschaftsbesuch" nach Senegal, Burkina Faso, Uganda und Burundi (XNA, 8.7.91).

Im Januar 1992 folgte eine weitere KPCh-Delegation unter Leitung des Vorsitzenden der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK, Zhu Liang, die Tansania und Sambia besuchte (XNA, 24. und 26.1.92).

Fast zur gleichen Zeit reiste eine Delegation unter der Leitung des chinesischen Außenministers Qian Qichen nach Mali, Guinea, Senegal, Elfenbeinküste, Ghana und Namibia (XNA, 24.1.92). Qian kam bei dieser Reise auch mit den Führern der SWAPO (South West African People's Organization) (XNA, 22.1.92) sowie mit den Führern der südafrikanischen Oppositionsgruppen ANC (African National Congress) und des PAC (Pan Africanist Congress of Azania) zusammen (XNA, 22.1.92). Sowohl Zhu Liang als auch Qian Qichen gaben Erklärungen ab, denen zufolge China seine Anti-apartheidpolitik fortsetzen und entsprechende Bewegungen in Afrika unterstützen wolle (XNA, 22.1.92). Außerdem sei China entschlossen, die afrikanischen Länder weiterhin "bei ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Hegemonismus zu unterstützen" (so Außenminister Qian Qichen in Windhuk am 22. Januar (XNA, 24.1.92).

Nur wenige Wochen vor den Anti-apartheiderklärungen hatte Beijing in aller Heimlichkeit den südafrikanischen Außenminister Pik Botha in Beijing empfangen und mit ihm dabei, wie es hieß, "konstruktive Gespräche" geführt (SCMP, 14.10.91). Südafrika unterhält nach wie vor diplomatische Beziehungen zu Taiwan.

Am 23. Januar 1992 erklärte das chinesische Außenministerium in Beijing, daß China bereit sei, mit Südafrika offizielle Beziehungen aufzunehmen, sobald das Apartheidsystem in Südafrika einmal verschwunden sei (XNA in SWB, 3.2.92).

In Afrika sieht China eher Probleme als Hoffnungen: Ärger gibt es zunächst einmal mit einer Reihe von Staaten, die sich - wie Beijing es sieht - von Taiwan haben "aufkaufen" lassen und mit ihm diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Aus diesem Grunde brach Beijing am 31. Mai 1990 seinerseits mit Guinea-Bissau und am 8. Juli 1991 mit der Zentralafrikanischen Republik die diplomatischen Beziehungen ab.

Sorgen bereitet aber auch die zunehmende Konfliktlage: Zwar haben die fundamentalen Veränderungen in der Weltlage, vor allem das Auseinanderbrechen der Sowjetunion, auch in Afrika zu einigen Erleichterungen geführt.

So zog beispielsweise Kuba früher als geplant seine Truppen aus Angola ab, und die angolansische Regierung schloß ein Friedensabkommen mit den Rebellen, um den seit 15 Jahren andauernden Bürgerkrieg zu beenden.

Im September 1991 kam es ferner zum Abschluß eines formellen Waffenstillstands zwischen den Konfliktparteien in Westsahara, und nicht zuletzt vereinbarten Regierung und Rebellen im Oktober 1991 in Mozambique eine Waffenruhe.

Doch damit waren die Konflikte in Afrika keineswegs zu Ende. Vielmehr brachen in mehr als zwei Dutzend afrikanischen Staaten i.J. 1991 neue Gewalttätigkeiten unterschiedlichster Art aus, angefangen von Bürgerkriegen und öffentlichem Aufruhr bis hin zu Staatsstreichen und gewalttätigen Demonstrationen. Vier Regierungschefs wurden durch oppositionelle Kräfte oder Militärs aus dem Amt vertrieben und zehn Staatschefs hatten von ihren Ämtern zurückzutreten. In Benin, Togo, Niger, Kongo und Sambia wurden Oppositionsparteien legalisiert.

In acht afrikanischen Staaten kam es zu Bürgerkriegen und in weiteren Staaten wie Madagaskar, Burkina Faso, Zaire und Kenia ist der Machtkampf zwischen Regierung und Oppositionskräften nach wie vor im Gang. Im Sudan und in Somalia hat sich der Bürgerkrieg weiter verschärft und bis nach Dschibuti ausgebreitet.

Zu den politischen Konflikten und Stammesauseinandersetzungen kamen religiöse Konflikte. So wurden beispielsweise in Nigeria bei einem muslimischen Pogrom über 100 Christen getötet oder verletzt. In den nordafrikanischen Staaten Ägypten, Tunesien und Marokko versuchten Fundamentalisten, die Macht zu übernehmen. Vor allem aber spitzte sich der Machtkampf zwischen Regierung und Fundamentalisten in Algerien zu: Als im ersten Wahlgang am 26. Dezember 1991 die regierende Nationale Befreiungsfront völlig überraschend nur 15 der 430 Sitze im Parlament erhielt,

während der Islamischen Heilsfront gleich 188 Sitze zufielen, kam es zu Übergriffen des Militärs gegen die siegreichen Fundamentalisten: Der Präsident trat zurück, Militärs übernahmen die Macht und verhängten angesichts zahlreicher fundamentalistischer Protestdemonstrationen den Ausnahmezustand. Die Auseinandersetzungen wurden um so härter, je mehr die Fundamentalisten trotz des Versammlungsverbots die Moscheen als politische Foren nutzten und sich so den Sicherheitskräften zu widersetzen versuchten.

Für China sind die meisten dieser Konflikte hausgemacht: Die häufigsten der afrikanischen Konflikte seien durch die mangelhafte Wirtschaftspolitik und durch den schnellen Bevölkerungszuwachs ausgelöst. Auch das algerische Dilemma hänge mit der grassierenden Arbeitslosigkeit und mit der sozialen Marginalisierung etwa eines Drittels der Bevölkerung zusammen. Hier biete sich idealer Nährboden für fundamentalistische Protestaufrufe, wie sie in Algerien von der Islamischen Heilsfront und in anderen Staaten von ähnlichen radikalen Gruppen religiösen Zuschnitts veranstaltet werden.

Die Zahl der "ärmsten Länder" ist in den 80er Jahren in Afrika von 16 auf 28 hochgeschwungen, so daß die Konfliktlage sich in nächster Zukunft nicht etwa entspannen, sondern sogar noch einmal verschärfen dürfte.

China macht für einen Teil der Konflikte daneben aber auch die Einmischungsversuche westlicher Staaten verantwortlich, die den afrikanischen Ländern ihr Wertesystem und ihre "Demokratisierung" aufzudrängen versuchten.

China sieht ein wichtiges Ziel seiner Afrikapolitik darin, die Afrikaner angesichts der Konfliktlage in ihrem Selbsthilfekurs zu bestärken, sie zu einer Süd-Süd-Selbsthilfepolitik zu ermuntern und ihnen vor allem regionale Zusammenschlüsse schmackhaft zu machen. Nicht zufällig gehören die Chinesen auch mit zu den engagiertesten Befürwortern eines gesamtafrikanischen Zusammenschlusses in Form der OAU.

Großes Interesse fand in diesem Zusammenhang u.a. die 27.Gipfelkonferenz der OAU-Staaten am 6.Juni

1991 in der nigerianischen Hauptstadt Abuja, bei der alle afrikanischen Staaten aufgerufen wurden, sich gemeinsam den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu stellen. Das Treffen, zu dem sich 35 Staats- und Regierungschefs versammelt hatten, verabschiedete u.a. eine Resolution zur Lage in Südafrika und drei Aufrufe, die sich an die Völker in Liberia, Äthiopien und Somalia wandten und ihnen nahelegten, ihre inneren Differenzen durch Verhandlungen zu bereinigen. Weiterhin wurde ein Vermittlungsausschuß aus Vertretern mehrerer afrikanischer Länder beauftragt, nach einer friedlichen Lösung des äthiopischen Konflikts zu suchen. Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis war aus chinesischer Sicht die Unterzeichnung eines Abkommens zur Errichtung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Afrika habe gleichwohl mit gewaltigen Problemen zu kämpfen. Seine drei Hauptschwierigkeiten seien die hohe Verschuldung von insgesamt 270 Mrd.US\$, für deren Tilgung rd. 40% der afrikanischen Exporterlöse aufgebracht werden müßten, zweitens die ungünstige Außenhandelsstruktur (Terms of Trade) und drittens die Bevölkerungsexplosion, die seit Jahren über 3% liege und damit das Wirtschaftswachstum des Kontinents in den Schatten stelle.

Die Vereinheitlichung Europas wie auch das Entstehen weiterer Wirtschaftsblöcke hätten den Afrikanern die Notwendigkeit vor Augen geführt, nun auch ihre eigene Integration zu beschleunigen. Die neuen Beschlüsse sähen einen über sechs Etappen verlaufenden Integrationsprozeß vor: von der Stärkung der bestehenden Regionalwirtschaftsorganisationen bis hin zur afrikanischen Währungsunion mit einer afrikanischen Zentralbank.

Selbsthilfe ist aus chinesischer Sicht das Schlüsselwort für die Lösung der afrikanischen Probleme (BRu 1991, Nr.26, S.9 f.). -we-

* (5)

Schon bald auch diplomatische Beziehungen mit Südafrika?

1991 gelang den Südafrikanern der Durchbruch in den außenpolitischen Beziehungen. Nachdem der Westen im

Zuge der Apartheid-Reformen seine Sanktionen gegen das Land gelockert hatte, besuchten führende Politiker aus Großbritannien, Japan, Frankreich und der früheren Sowjetunion das Land. 1991 auch gaben die EG, Japan und die USA sowie das britische Commonwealth die Aufhebung aller Sanktionen bekannt. Südafrika nahm diplomatische Beziehungen mit der Tschechoslowakei, mit Rumänien, Litauen, Lettland und Estland auf und vereinbarte konsularische Beziehungen mit Moskau. Gleichzeitig vergrößerte sich das Außenhandelsvolumen des Landes.

China will sich aus diesem Prozeß nicht ausklammern, sondern sieht früher oder später ebenfalls diplomatische Beziehungen mit Pretoria vor.

Während seiner 14tägigen Afrikatour im Januar 1992 legte Qian auch einen kurzen Zwischenaufenthalt auf dem Johannesburg Flughafen ein. Damit hatte sich erstmals in der Geschichte der VR China ein hochrangiger chinesischer Politiker auf südafrikanischen Boden begeben - ein Anzeichen für das beginnende Tauwetter zwischen beiden Ländern. Qian traf bei seinem Aufenthalt mit Repräsentanten des ANC und des PAC zusammen, aber auch mit seinem südafrikanischen Amtskollegen Pik Botha, der zu Ehren Qians ein Mittagessen auf dem Flughafen gab, und der seinerseits im Oktober 1991 "konstruktive Gespräche" in Beijing geführt hatte (SCMP, 14.10.91).

Zwei Tage nach Qians Aufenthalt in Johannesburg erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, daß China bereit sei, seine Beziehungen mit Südafrika auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufzunehmen, sobald das Apartheidssystem einmal abgeschafft sei (XNA in SWB, 3.2.92).

China geht davon aus, daß tiefgreifende soziale Änderungen in Südafrika die Politik der Rassentrennung schnell beenden werden. Mit der weißen Vorherrschaft, die seit der Gründung der "Union Südafrika" i.J. 1910 bestünde und die durch eine besondere Gesetzgebung sowie durch besondere Verwaltungsvorschriften abgesichert sei, gehe es nun schnell zu Ende. Bereits seit Ende der 70er Jahre habe sich deutlich gezeigt, auf welche tönernen

Füßen die "Apartheid" stehe. Im Februar 1990 wurde das Verbot der afrikanischen Parteien aufgehoben und einige ihrer politischen Führer wie Nelson Mandela freigelassen. Daraufhin begann ein Dialog zwischen der Regierung und dem ANC - und damit eine neue politische Ära. Unter dem wachsenden in- und ausländischen Druck wurden die vier gesetzlichen Stützpfeiler der Apartheid, das Gesetz zur Rassentrennung in den "Erholungsgebieten", das Bodengesetz, das Gesetz für die getrennte Ansiedlung von Stammesgruppen (in sog. "Reservaten") und das Gesetz zur Bevölkerungsregistrierung beseitigt.

Die chinesische Seite ist sich sehr wohl bewußt, daß auch ohne rassistische Gesetze nach wie vor enorme Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß in der Wirtschaft, im Bildungssystem und im Lebensstandard bestehen bleiben und daß vor allem auch ethnische Konflikte neu entfacht werden können (BRu 1991, Nr.28, S.12 ff.). Immerhin aber zeige sich nun Licht am Ende des Tunnels. -we-

*(6)

China will um die Rückkehr seiner Auslandsstudenten werben

Im Januar 1992 gab die Staatliche Kommission für das Bildungswesen bekannt, daß die chinesische Regierung Informationsbüros für chinesische Auslandsstudenten in einigen westlichen Ländern einrichten wolle, um so die Aufklärung über die Beschäftigungslage sowie über Forschungsmöglichkeiten in China besser leisten zu können.

Der Staat wolle Wissenschaft und Forschung weiterhin systematisch fördern und stelle für heimkehrende Wissenschaftler zusätzliche Forschungsmittel bereit. I.J. 1991 hätten über 400 zurückgekehrte Wissenschaftler Forschungsfonds in Höhe von 20 Mio. Yuan in Anspruch nehmen können.

China wolle Vorzugsmaßnahmen für heimgekehrte Auslandsstudenten und -wissenschaftler sowohl bei der Niederlassung und Bewerbung als auch im Forschungsbereich ergreifen (BRu 1992, Nr.5-6, S.10). -we-

Innenpolitik

*(7)

Yang Shangkun über Deng Xiaopings Rolle bei der Niederschlagung der Protestbewegung

Die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift *Guangjiaojing* (Weitwinkel) veröffentlichte in ihrer Februar-Ausgabe einen Artikel, in dem Staatspräsident Yang Shangkun über die Rolle Deng Xiaopings bei der Entscheidung zur Beendigung der Protestbewegung von 1989 mit folgenden Worten zitiert wird: "Wenn der alte Herr [d.H. Deng Xiaoping] nicht den Einsatz des Militärs zur Verhängung des Ausnahmezustands und zur Beendigung der Unruhen gefordert hätte, wäre die Parteizentrale nicht in der Lage gewesen, den entsprechenden Beschluß zu fassen." (Guangjiaojing, 2/1992, S. 7)

Die Aussage von Yang Shangkun macht zweierlei deutlich:

- Erstens war die KPCh-Führung im Frühsommer 1989 derart zerstritten über die Art und Weise der offiziellen Reaktion auf die Protestbewegung, daß sie in dieser Frage beschlußunfähig war. Offenbar spielte hierfür die abwartende Haltung des damaligen ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang eine bedeutende Rolle.

- Zweitens trägt Deng Xiaoping am Einsatz des Militärs zur Niederschlagung der Protestbewegung die Hauptverantwortung. Wahrscheinlich wird es deshalb der KPCh zu Lebzeiten Deng Xiaopings kaum möglich sein, eine positivere Neubewertung der Protestbewegung vorzunehmen. -sch-

*(8)

Ende der Prozesse gegen Teilnehmer an der Protestbewegung von 1989?

Mit Verfahren gegen elf Teilnehmer an der Protestbewegung von 1989 und /oder an späteren Protestaktionen sollen die Prozesse gegen die Dissidenten von 1989 abgeschlossen worden sein. Von den letzten 21 Angeklagten wur-

den 11 auf freien Fuß gesetzt, und zwar Bai Chunxiang, Dai Zhiyi, Fu Weidong, Han Dongfang, Hang Guangsheng, Liu Hongli, Liu Qiang, Lu Guofu, Shi Li, Wang Zhixin und Xie Qian. Von den zehn Verurteilten erhielten drei jeweils 2jährige Haftstrafen, zwei 3 Jahre Haft, einer 3 1/2 Jahre Haft, zwei 4 Jahre und zwei 5 Jahre Haft. Bei den zehn verurteilten Oppositionellen handelt es sich u.a. um:

- Dong Huaiming.
- Li Minqi, Student an der Beijing-Universität, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt; wird im Juni 1992 entlassen.
- Peng Rong (24), Student an der Beijing-Universität, wurde zu 2 Jahren Haft verurteilt und wird im Mai 1992 freigelassen werden.
- Wang Guoqing.
- Wang Lidong, zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt; wird im April 1992 entlassen.
- Wang Zhongxian.
- Wu Xuecan (38-42), früherer Redakteur der *Volkszeitung*, wurde zu 4 Jahren Haft verurteilt, weil er zusammen mit anderen Kollegen eine gefälschte Ausgabe des ZK-Organs hergestellt hatte, mit der er den entmachteten ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang unterstützen wollte. In der getürkten RMRB-Ausgabe war u.a. der Sturz von Ministerpräsident Li Peng gefordert worden.
- Zhai Weimin (23), früher Student an der Beijinger Hochschule für Wirtschaft und einer der meistgesuchten Studentenführer; möglicherweise zu 5 Jahren Haft verurteilt, da offenbar nicht reuewillig.

Offiziösen Angaben zufolge wurden seit Mitte 1989 insgesamt 715 Teilnehmer an der Protestbewegung zu Haftstrafen verurteilt. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Asia Watch befinden sich in der VR China mindestens 1.300 politische Oppositionelle in Haft. (Quellen: SCMP, 26.1. und 1./26.2.92; FAZ, IHT, Le Monde, 26.2.92; Zhongguo Xinwen She, 27.2.92, nach SWB, 28.2.92; NZZ, 1./2.3.92) -sch-

*(9)

ZK-Organ gibt indirekt Inhalte der jüngsten Reformdirektiven von Deng Xiaoping wieder

Die Medien der Volksrepublik China berichteten auch im Februar 1992 nichts über die in Hongkong und im